

Es verdient festgehalten zu werden, daß der „architektonischen Revolution“ keine ideologische Richtungsänderung vorausging oder doch keine, die je ausgesprochen wurde. Sie entstammt einem praktischen Bedürfnis nach bequemeren und im Grunde auch vernünftigeren Lebensbedingungen. Dieses Bedürfnis war in Wirklichkeit immer vorhanden, man gestand ihm aber erst in dem Moment eine Berechtigung zu, als eine Reihe der Kibbuzim auch ökonomisch in der Lage war, es zu befriedigen. Es handelt sich hier also um eine Tendenz, die schon seit längerer Zeit vorhanden war, die aber erst jetzt legitimiert wurde. Es ist heute noch nicht abzusehen, wohin diese Entwicklung führen wird. Eines läßt sich jedoch jetzt schon sagen: Die mit dem ökonomischen Fortschritt der Kollektivsiedlungen gegebene Gefahr des gesellschaftlichen Zerfalls (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 389) wird hierdurch zweifellos verringert, denn eine Aufteilung in Einzelwirtschaften wird durch eine derartige architektonische Planung fast unmöglich gemacht.

Wenn es dem Kibbuz zugleich gelingt, seinen Mitgliedern einen Lebensstandard zu bieten, der unter Umständen noch höher liegt als der des selbständigen Bauern oder Facharbeiters, dann wäre auch der Anreiz zur Aufteilung genommen und jeder Austritt würde zu einem wirtschaftlichen Verlust. Wie weit die Form der geschlossenen sozialistischen Gemeinschaft in Zukunft aufrechterhalten werden kann, läßt sich allerdings noch nicht voraussagen.

Die Sezession der jüdischen Kommunisten

Anläßlich des 10. Jubiläumsjahres in Israel sollte ein Kongreß der „jüdischen Kommunisten“ in Israel stattfinden. Dieser Kongreß wurde auf das kommende Jahr verschoben, angeblich, um den Teilnehmern eine bessere theoretische Vorbereitung des Kongresses zu ermöglichen. Der Kongreß sollte vor allem die Situation der Juden in der UdSSR und in den kommunistischen Parteien erörtern. Initiatoren des Kongresses sind die „jüdischen Kommunisten“ in Israel, die aus der MKI (= KPI) ausgeschlossen wurden.

Die Verschiebung des Kongresses läßt den Schluß zu, daß die sich von den kommunistischen Parteien absetzenden „jüdischen Kommunisten“ sich bisher auf internationaler Ebene noch nicht konsolidieren konnten.

Die Sezessionsbewegung hatte ihre klarsten Formen in Israel gewonnen. Hier hatte die kommunistische Partei eine Politik vertreten, die notwendigerweise zur Auflösung der jüdischen Niederlassung in Palästina hätte führen müssen. Der Zionismus wurde von den Kommunisten als ein Werkzeug des Imperialismus und die jüdische Niederlassung als kolonialistischer Landraub verurteilt. Daher konnte auch die kommunistische Partei in Palästina trotz der überaus starken linksradikalen Strömungen nie eine beachtliche Position erobern. Da die KP in

Palästina zugleich die arabische nationalistische Bewegung unterstützte, spaltete sich die Partei zu allen Schaltjahren etwa in einen jüdischen und arabischen Flügel.

In den letzten Jahren hat sich jedoch auch eine Sezessionsbewegung der Juden in den kommunistischen Parteien außerhalb Israels bemerkbar gemacht. Dieses geschah nicht nur unter dem Eindruck der stalinistischen Judenverfolgung. Auch die Tatsache, daß es einen jüdischen Staat gibt, hat viele, die glaubten, daß eine territoriale Lösung der Judenfrage in Palästina nicht möglich und auch nicht wünschenswert sei, zur Revision ihrer Ansichten bewegt.

Der nunmehr verschobene Kongreß sollte einer grundsätzlichen Klärung der Auffassung über die Judenfrage dienen. Von seiten der jüdischen Nationalkommunisten in Israel und wie es scheint auch von anderen Teilnehmern wurden drei Initiativen zur Debatte gestellt:

1. Man dürfe sich mit der Beruhigungspolitik der Sowjetunion gegenüber den Juden in Rußland nicht begnügen.
2. Man dürfe sich auch mit der Feststellung der sowjetischen Behörden nicht zufrieden geben, daß die Juden in der Sowjetunion kein Interesse an der Erneuerung des jüdischen kulturellen Lebens hätten.
3. Die kommunistischen Parteien in der westlichen Welt sollten die Sowjetunion zu einer Änderung ihrer Judenpolitik bewegen.

Außerhalb Israels gehört noch ein großer Teil der nationaljüdischen Kommunisten den kommunistischen Parteien an. Es kann aber wohl nur eine Frage der Zeit sein, bis sie ausgeschlossen werden. Die Kontakte der Sezessionisten in Israel erstrecken sich so ziemlich über die ganze westliche Welt (Frankreich, Holland, Schweiz, USA, Westdeutschland, Italien, Südamerika). Vorerst ist zwar nur von „vorbereitenden Gesprächen“ die Rede, aber die Namen, die in diesem Zusammenhang genannt werden, sind keineswegs ohne Bedeutung: Howard Fast (USA), Prof. H. Levy (England), Prof. Fuchs (Holland), J. Frank (Belgien), Schlewein und Schulstein (Frankreich). Welche ideologische Richtung die jüdischen Kommunisten am Ende einschlagen werden, ist noch nicht abzusehen. Während in Israel mit einiger Sicherheit ihr Weg zur linksradikalen MAPAH führt (auch eine Wiedervereinigung auf Zeit mit der MKI ist nicht ausgeschlossen), sind sie außerhalb dieses Landes zur politischen Isolation verurteilt. Ein Zusammenschluß unter den jüdischen Kommunisten auf internationaler Ebene würde jedoch die Bedeutung dieser Gruppe in Israel selbst etwas stärken. Die Sezession der jüdischen Kommunisten muß zwangsläufig zu einer Schwächung der kommunistischen Parteien in der westlichen Welt führen. Für die KP in den USA hätte eine Austrittsbewegung der jüdischen Mitglieder geradezu vernichtende Folgen, aber auch in anderen Ländern würde der Austritt bzw. Ausschluß der jüdischen Intellektuellen die KP wesentlich schwächen.

Die Kirche in den Ländern

Der Schulkampf in Argentinien

Als Arturo Frondizi, der am 23. Februar 1958 zum neuen argentinischen Präsidenten gewählt worden war (vgl. die Vorgeschichte der Wahl in Herder-Korrespondenz 12.

Jhg., S. 183 ff.), seinen Posten am 1. Mai antrat, sah er sich einer Reihe schwierigster Probleme gegenüber, die einerseits in der Gesamtlage des Landes begründet waren, andererseits aus der Aufgabe erwachsen, seine sehr weitgehenden Wahlversprechung einzulösen. Zu den

unvermeidlich aufgegebenen Problemen gehört an erster Stelle die Rückführung Argentiniens zu einem normalen demokratischen Leben nach der Periode der Diktatur Peróns, auf die zunächst nur zwei provisorische Regierungen gefolgt waren. Entscheidender noch — und zugleich unerlässlich auch für die Normalisierung auf politischem Gebiet — ist die wirtschaftliche Sanierung des Landes, die Erschließung des Erdöls, der Kampf gegen die Inflation, die Neuordnung der Gewerkschaften. Frondizis Wahlversprechen kann man keineswegs als opportunistisch bezeichnen: sie entsprechen vielmehr dem gesunden Menschenverstand. Frondizi versprach u. a. die Unterrichtsfreiheit und das Zugeständnis von gleichberechtigten privaten (d. h. katholischen) Universitäten. Warum sich, angesichts der dringenden realen Probleme der wirtschaftlichen Gesundung und des Abstoppens der Inflation, gerade an der Frage der freien Universitäten die politischen Leidenschaften, auch die der Straße, entzünden sollten, ist nicht zu verstehen. Aber eben dies geschah. Es ist unbegreiflich, was die antiklerikalen und laizistischen Kreise, die allerdings in den oberen Schichten Argentiniens führend sind, dagegen haben können, daß weitere — wenn auch konfessionelle — Hochschulen daran mitarbeiten, Wissen und Bildung zu verbreiten, deren das Land in seiner prekären Situation dringend bedarf; aber eben um dies zu verhindern, sind riesige Demonstrationen aufgezogen worden, ist es im Parlament zu wildesten Tumulten gekommen. Es ist unvermeidlich, daß es bei solchen blinden Leidenschaften lachende Dritte gibt, seien dies nun die immer noch zahlreichen Peronisten oder die sehr regen Kommunisten.

Unterrichtsfreiheit und Katholische Universitäten unter Frondizi

Die Katholiken Argentiniens bilden keine Einheit, sie sind auch nicht politisch organisiert, sondern waren bei den letzten Wahlen in ganz verschiedenen Lagern zu finden (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 185 f.). Diese verschiedenen Gruppen befeinden und verdächtigen einander, sie stehen bald hinter dem einen, bald hinter dem anderen Mann und halten dann dessen Gegner für den Schuldigen an dem nationalen Unglück. Ganz besonders scheint es sich so bei den Anhängern der verschiedenen Staatsoberhäupter der letzten beiden Jahre zu verhalten: die Anhänger Lonardis schmähen Aramburu, die Anhänger Frondizis glauben, daß die beiden „Revolutionsregierungen“ Lonardis und Aramburus an der unglücklichen Entwicklung schuld seien usw. Ein objektives Bild zu gewinnen ist daher schwierig. Das bezieht sich nicht nur auf die wirtschaftlichen Probleme, sondern ebenso auf den Schulkampf.

Nachdem die „Verfassungsgebende Versammlung“, die am 1. September 1957 in Santa Fé zusammengetreten und Anfang November in unrühmlicher Weise wieder auseinandergegangen war, weder eine neue Verfassung noch ein neues Wahlgesetz auszuarbeiten vermocht hatte, war der nächste politische Termin die Wahl des argentinischen Präsidenten am 23. Februar 1958. Mit dieser wurde die Übergangszeit nach dem Sturz Peróns abgeschlossen, und Argentinien erhielt nach 10 Jahren Diktatur und 2 Jahren provisorischer Leitung wieder ein nach demokratischen Prinzipien normal gewähltes Oberhaupt in dem Anführer der integralistischen Radikalen, Arturo Frondizi. Frondizi hatte sich vor der Wahl positiv zu den vier Grundforderungen

der katholischen Kirche: Unterrichtsfreiheit, Gewerkschaftsfreiheit, Ablehnung der Ehescheidung, Ablehnung der Trennung von Kirche und Staat, ausgesprochen, wenn sich auch seine Partei als solche nicht zu den von den argentinischen Bischöfen in einem Hirtenbrief an die katholischen Wähler aufgestellten Forderungen, die kein katholischer Wähler preisgeben dürfe, geäußert hat. Den Sieg bei der Präsidentschaftswahl verdankt Frondizi jedoch, neben den Stimmen seiner eigenen Partei, zweifellos einer starken Unterstützung sowohl von peronistischer wie von kommunistischer Seite. Wenn er den Kommunisten und anderen Linksextremisten keinerlei Zusagen gemacht hat und ihnen nichts schuldet, so bildeten doch die Anhänger Peróns in seiner Nähe bald ein beunruhigendes Problem, zumal sie kommunistischen Einflüssen gegenüber sehr offen scheinen.

In der ersten Pressekonferenz nach seiner Wahl erklärte Präsident Frondizi, er werde das Verhältnis zwischen Kirche und Staat gemäß der argentinischen Verfassung behandeln. Die argentinische Verfassung sieht vor, daß „der Staat den römisch-katholischen Kultus zu unterstützen und zu fördern hat“. Dr. Frondizi sprach sich für den Schutz der Familie aus und erklärte, daß er deshalb, wie er es vor den Wahlen versprochen habe, keine Veränderung der Ehegesetzgebung, die keine Scheidung zuläßt, vornehmen werde. Er versprach, die Unterrichtsfreiheit, die zwar auf dem Papier längst gewährt war, nun endlich auch tatsächlich zu verwirklichen. Nur in der Frage der Gewerkschaften vertrat Frondizi eine andere Auffassung als die argentinischen Bischöfe. Er sprach sich für die Beibehaltung der Einheitsgewerkschaft aus; der Allgemeine Gewerkschaftsbund (CGT) solle jedoch nicht mehr von der Regierung geleitet und zu politischen Zwecken mißbraucht, sondern ausschließlich von Arbeitern geführt werden. In den ersten Tagen seiner Regierung machte Dr. Frondizi auch die üblichen Antrittsbesuche bei dem Apostolischen Administrator der Erzdiözese Buenos Aires, Msgr. Lafitte, und beim Apostolischen Nuntius, Msgr. Zanin, und erklärte nach diesen Besuchen, seine Regierung werde die traditionellen Bindungen und Beziehungen zur katholischen Kirche in keiner Weise ändern.

Sofort begann die Kirche, die ihr zugesicherte Lehrfreiheit dazu zu benutzen, die katholische Universität Buenos Aires, die sie nach der Abschaffung der peronistischen Gesetze bereits im Juni 1956 aufzubauen begonnen hatte (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 574), mit dem neuen Studienjahr Anfang April zu eröffnen. Eine philosophische, eine rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät nahmen den Unterricht auf. In dem Hirtenbrief, mit dem die argentinischen Bischöfe die Eröffnung dieser Universität, die den Namen „Sancta Maria de Buenos Aires“ führt, ankündigten, hieß es, das Land brauche dringend eine solche zentrale katholische Universität. Seit der Säkularisierung aller argentinischen Hochschulen Mitte des 19. Jahrhunderts seien bisher alle Verhandlungen mit dem Staat über die Neugründung einer solchen Hochschule gescheitert. Da in einem Erlaß des zweiten provisorischen Regenten Argentiniens, General Aramburu, von 1955 die Autonomie der Universitäten wiederhergestellt worden sei, hätten die Bischöfe sofort den Beschluß zur Gründung einer solchen in der Hauptstadt gefaßt. Bei der Eröffnung der Lehrtätigkeit dieser Hochschule wies ihr Rektor, Msgr. Derisi, auf die Bedeu-

tung katholischer Universitäten in anderen amerikanischen Ländern hin, die nicht nur in den USA und Kanada, sondern auch in Mexiko, Brasilien, Chile, Puerto Rico und Perú bestehen. Die katholische Universität krönt ein katholisches Unterrichtswesen, das in der Erzdiözese Buenos Aires 170 Mittelschulen mit rund 90 000 Schülern zählt. Im gesamten Land sind es an die 900 Schulen, meist Mittelschulen, mit mehr als 270 000 Schülern. Von diesen Schulen sind übrigens seit dem Sturz Peróns mehr als 100 neugegründet worden.

Die Existenz einer katholischen Universität in Argentinien ist jedoch ohne Bedeutung, solange sie nicht öffentlich anerkannt sowie die von ihr verliehenen Titel und die von ihr abgenommenen Examina keine staatliche Gültigkeit haben. Diese öffentliche Anerkennung sollte, nach einer Denkschrift, die Rektor und Lehrkörper der neuen Universität Sancta Maria de Buenos Aires Mitte August dem argentinischen Erziehungs- und Justizminister, Luis MacKay, überreicht haben, allen privaten Universitäten des Landes zugebilligt werden, die bestimmte Voraussetzungen hinsichtlich ihres Lehrkörpers, ihrer Statuten und Einrichtungen dem Staat gegenüber erfüllen. Die staatliche Kontrolle, so wurde in der Denkschrift weiter verlangt, sollte sich bei der katholischen Universität auf die Examina und die Ausstellung entsprechender Titel beschränken. Die Denkschrift wurde auch den Präsidenten der beiden Kammern des argentinischen Parlaments überreicht und ihr Inhalt in einer Pressekonferenz bekannt gemacht. Wenig später fand eine große öffentliche Versammlung im Großen Theater von Buenos Aires statt, die die „Junta Coordinadora pro Libertad de Enseñanza“ (Koordinierungsrat für die Unterrichtsfreiheit) angesagt hatte. Verschiedene katholische Professoren sprachen hier, um die Position eines großen Teils der argentinischen Bevölkerung darzulegen, die sich gegen die Tendenzen zur Unterdrückung der Unterrichtsfreiheit in einem Gesetzesentwurf der Rektoren der argentinischen Staatsuniversitäten wehren. Frondizi versicherte demgegenüber in einer offiziellen Grundsatzerklärung am 1. September, seine Regierung sei entschlossen, in Argentinien absolute Meinungs- und Gewissensfreiheit zu gewährleisten.

Die Leidenschaften explodieren

Diese Erklärung Dr. Frondizis hat in Argentinien großes Aufsehen erregt, da inzwischen wieder heftige Debatten über das neue Bildungsgesetz in Gang gekommen waren. Als die Absicht der Exekutivgewalt bekannt wurde, den privaten (d. h. vorwiegend den katholischen) Instituten das Recht zu erteilen, nicht nur Diplome und akademische Titel, sondern auch Titel der Berufseignung zu verleihen, bildeten sich in den ersten Septembertagen riesige Demonstrationen laizistischer Schüler, Studenten und Lehrer in den Straßen von Buenos Aires, um dagegen zu protestieren. An der Spitze dieser Demonstrationen stand der Rektor der Staatsuniversität von Buenos Aires, Risieri Frondizi, ein Bruder des Staatspräsidenten. Außerhalb von Buenos Aires wurde die gleiche Opposition von einem anderen Bruder des Präsidenten, D. Silvio Frondizi, Professor an der Universität La Plata, geleitet. Der Demonstrationzug in der Hauptstadt protestierte vor dem Parlamentsgebäude gegen die noch nicht angenommene Gesetzesvorlage, weil sie „die kulturelle Freiheit vorübergehenden politischen Verpflichtungen zu-

liebe opfere“, wie Risieri Frondizi in einer heftigen Rede behauptete. Gegen die protestierenden Studenten und Dozenten ging die Polizei mit Tränengas vor.

Am 15. September fand eine riesige Massenkundgebung von mehreren zehntausend Katholiken in Buenos Aires vor dem Gebäude des argentinischen Kongresses statt, auf der sie von der Regierung die Durchführung der Lehr- und Lernfreiheit forderten und gegen die Angriffe nationalistischer Gruppen auf katholische Lehrer und Studenten heftig protestierten.

Ungefähr gleichzeitig veröffentlichte Kardinal Caggiano, Bischof von Rosario und Präsident der argentinischen Bischofskonferenz, eine Erklärung, in der er für die katholischen Universitäten Argentiniens die gleichen Rechte forderte, wie sie die staatlichen Universitäten besitzen. „Dieses Problem“, so erklärte er, „ist nicht in erster Linie ein religiöses, noch weniger ein politisches. Die Frage der Unterrichtsfreiheit ist vor allem eine Frage der allgemeinen kulturellen Freiheit und eine Sache der Gerechtigkeit.“ In der Mehrzahl der amerikanischen Staaten werde diese fundamentale menschliche Freiheit auch respektiert. Der Staat könne sich selbst kein Erziehungs- und Kulturmonopol erteilen, das die „Rechte der Einzelnen, der Familien, der autonomen Gesellschaften und, in unserm Fall, auch der Gemeinden und Provinzen nicht anerkennt... denen ungerechtfertigterweise das Recht genommen wird, eine eigene höhere und Universitätserziehung zu besitzen“. Das Monopol der Staatsuniversitäten werde aber gar nicht so sehr vom Staat selber als vielmehr von den Beamten der Staatsuniversitäten gefordert. Auf das Problem des Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen warf der Kardinal nur einen Seitenblick: es ist mit dem der katholischen Universitäten nicht zu verwechseln. Aber bei all diesen Fragen handelt es sich für die Kirche darum, das Recht der Familien zu verteidigen, die eine religiöse Erziehung ihrer Kinder wünschen.

Darauf folgte am 18. September wiederum eine große Protestversammlung der Studenten der Staatsuniversität vor dem Kongreßgebäude, an der auch Mitglieder der Linksparteien und der Gewerkschaften teilnahmen. Sie zogen weiter vor das Regierungsgebäude und verbrannten dort zwei Stoffpuppen in Priestergewändern, die die Namen des argentinischen Staatspräsidenten und des Erziehungsministers MacKay trugen. Die Demonstranten verlangten aufs neue die Abschaffung des § 28 über die Zulassung privater Universitäten in Argentinien und die Beibehaltung des staatlichen Schulmonopols. Die Regierung Frondizi wurde beschuldigt, zusammen mit der „klerikalen Reaktion“ Argentinien dem „kapitalistischen Imperialismus“ auszuliefern. In der gleichen Zeit kam es in Córdoba und Santa Fé zu Zusammenstößen zwischen katholischen und linksliberalen Studenten, bei denen die Polizei eingreifen mußte.

Am 24. September begann die Debatte über Erziehungsfragen im argentinischen Parlament. An den beiden vorhergehenden Tagen war es im ganzen Land zu Übergriffen anarchistischer Professoren- und Studentengruppen gekommen. Trotz den Verhandlungsversuchen und den Mahnungen des Erziehungsministers MacKay beschloß die kommunistisch gesteuerte Studentenbewegung FUBA (Federación Universitaria de Buenos Aires), die Fakultätsgebäude der staatlichen Universität zu besetzen. Durch die Verhinderung jeder wissenschaftlichen Tätigkeit wollte

sie einen Druck zur Aufhebung des § 28 ausüben. In Santa Fé wurde die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät von den linksliberalen Studenten der sogenannten Reformistengruppe besetzt, die dem Rektor und den Dozenten den Zutritt zu dem Gebäude verweigerten. Die staatlichen Universitäten in Córdoba und Bahía-Blanca beschlossen, ihre Anstalten zu schließen, um weitere Gewaltakte zu vermeiden. Auch zahlreiche Schulen wurden im ganzen Land geschlossen. In Córdoba kam es bei dem Versuch, die von den Reformisten besetzte Universität zu räumen, zu heftigen Schießereien zwischen Studenten und Polizei (Neue Zürcher Zeitung 5. 10. 1958).

Die Unterrichtsfreiheit vor dem Parlament

Die entscheidende Schlacht um den Paragraphen 28 über die freien Universitäten sowie über die Unterrichtsfreiheit überhaupt begann im Parlament am 25. September mit einem fast 30stündigen „rhetorischen Trommelfeuer“ (Neue Zürcher Zeitung 5. 10. 58). Es hatte sich schon vorher in den Fraktionsitzungen gezeigt, daß die beiden größten Parteien des argentinischen Parlaments, die Regierungspartei der Intransigenten Radikalen und die Partei der Volksradikalen, in sich nicht eins waren. In der Parlamentsdebatte stimmten dann die *jungen* Abgeordneten der Regierungspartei eindeutig mit der Mehrheit der Volksradikalen für die Annulierung des Artikels 28, während die *älteren* Parteimitglieder um den Fraktionsführer Gómez Machado für einen Änderungsantrag stimmten, der im wesentlichen besagte, daß die privaten Universitäten wohl akademische Grade verleihen, jedoch keine gültigen Berufsexamina abnehmen könnten. In der ersten Abstimmung wurde jedoch der § 28 sowie der Änderungsvorschlag abgelehnt, das Unterhaus stimmte mit 108 gegen 52 Stimmen für die Aufhebung des Artikels. Der Senat (der ausschließlich aus Mitgliedern der Regierungspartei besteht) nahm jedoch einstimmig den Abänderungsvorschlag an, wenn auch verschiedene Senatoren durchblicken ließen, daß dieser Entschluß keineswegs ihren reformistischen Überzeugungen entspräche. In zweiter Abstimmung bestätigten beide Kammern ihre Einstellung. Die Entscheidung fiel in der dritten Abstimmung der Abgeordnetenversammlung in der Nacht zum 1. Oktober. Sie wurde unter Namensaufruf durchgeführt und ergab 102 gegen 62 Stimmen zugunsten der Abschaffung des Artikels. Da aber mit diesem Ergebnis die erforderliche Zweidrittelmehrheit von 118 Stimmen nicht erreicht war, durch die der Artikel endgültig zu Fall gebracht worden wäre, trat automatisch die Entscheidung in Kraft, die der Senat gefällt hatte.

Die Verkündung dieses Ergebnisses führte zu unbeschreiblichen Tumultszenen im Parlament. Von der Tribüne wurden die schlimmsten Schimpfworte gerufen, im Saal beschimpften sich die Parlamentarier, das Geschrei steigerte sich zu wahrer Hysterie, und das Getümmel drohte in eine allgemeine Schlägerei auszuarten. Vor dem Kongreßgebäude spielten sich noch üblere Szenen ab. Die reformistischen Manifestanten ließen nach einem gescheiterten Versuch, das Gebäude zu stürmen, ihre Wut an den dort parkenden Automobilen aus und beschädigten nahezu 100 Fahrzeuge schwer. (Neue Zürcher Zeitung 5. 10. 1958.)

Kundgebungen und Gegenkundgebungen der Katholiken und der Reformisten gehen seither weiter und endeten öfters mit blutigen Zusammenstößen, so in La Plata am

1. Oktober. In der Stadt Rosario de Santa Fé demonstrierten etwa 300 Studenten gegen den Vizepräsidenten Alejandro Gómez, der die dortige Kathedrale besuchte. Die Polizei eröffnete das Feuer auf die Demonstranten, wobei 7 Personen verletzt wurden. In Buenos Aires selbst wurde am 7. Oktober der Eingang zu einem Jesuitenkloster durch eine selbstverfertigte Bombe zerstört (Neue Zürcher Zeitung 9. 10. 58). In der argentinischen Hauptstadt ist das Unterrichtssystem vollständig zusammengebrochen. Die meisten Studenten haben die Universität verlassen, während die Primarschullehrer Anfang Oktober in Streik getreten sind, um höhere Gehälter zu verlangen. Zwei Monate vor dem Ende des Studienjahrs waren die Universitäten Buenos Aires, La Plata, Tucumán, Mendoza u. a. geschlossen. Der Erziehungsminister MacKay forderte in einem Rundfunkaufruf die Studenten auf, friedlich in ihre Hörsäle zurückzukehren, andernfalls würde sich die Regierung genötigt sehen, das Studienjahr 1959 endgültig zu suspendieren.

Allgemeine politische und soziale Unruhe

Da die Kompromißlösung, die der Senat angenommen hat, gültig geworden ist und zudem die Mehrzahl der Universitäten und Schulen geschlossen sind, hat sich seit Oktober die Erregung über die Unterrichtspolitik nicht mehr geäußert, obwohl die Lösung die Kirche nicht befriedigen kann und den Laizisten ein Dorn im Auge ist. Diese scheinbare Beruhigung hängt jedoch auch damit zusammen, daß die revolutionäre Stimmung wegen der freien Universitäten nur eine Teilerscheinung der allgemeinen Unruhe und sozialen Unrast ist, die in Argentinien herrscht.

Dr. Frondizi hat geglaubt, er könne — wie es ausnahmsweise bei seiner Wahl geschehen war — die widerstrebendsten und gegensätzlichsten Elemente hinter sich scharren, wenn er ihnen ein vernünftiges Programm zur Behebung der schweren Wirtschaftskrise vorlege, in der sich das Land befindet. Das ist nicht geglückt — im Gegenteil. Frondizi hat immer mehr Anhänger verloren, auch in seiner eigenen Partei, weil sich diese widerstrebenden Kräfte nicht vereinigen lassen und ständig aufeinanderprallen. Das Amnestiegesetz zu Beginn seiner Regierung (übrigens vom ganzen Volk gewünscht) hat rund 40 000 Peronisten wieder ins öffentliche Leben zurückgeführt, deren der Präsident sich sofort wieder mühsam erwehren mußte. Heute werden ihm Vorwürfe von allen Seiten gemacht: bald soll er zu links-, bald zu rechtsgerichtet sein, bald zu „kapitalistisch“, bald zu wenig national. Während seine bisherigen Anhänger abbröckeln, scheint er genötigt zu sein, sich mehr und mehr auf die Armee zu stützen.

Das schwierigste und entscheidende Problem für die argentinische Wirtschaft ist die Erschließung der großen Erdöllager im Innern des Landes, die jedoch ohne ausländisches Kapital nicht möglich ist. Das aus kolonialen Zeiten stammende sehr empfindliche Nationalgefühl der Argentinier (dem Perón ständig geschmeichelt hatte), lehnt aber insbesondere eine „Wirtschaftsüberfremdung“ durch USA-Kapital heftig ab. Dieses „Nationalgefühl“ wird besonders von den Interessen der Großgrundbesitzer erzeugt und manipuliert, die die Erschließung der Erdölvorhaben überhaupt verhindern wollen. Sie fürchten um ihre Absatzmärkte in England und im Commonwealth, die sie im Tausch gegen Kohle und Erdöl belie-

fern. Erdöl im eigenen Land könnte diesen gesicherten Handel empfindlich stören. Jedenfalls kam es zu weit ausgreifenden politischen Streiks, die mit einem Streik der Erdölarbeiter von Mendoza am 31. Oktober begannen. Der Streik der Erdölarbeiter war ein Protest gegen die von der Regierung mit den Erdölgesellschaften in den Vereinigten Staaten abgeschlossenen Bohrverträge und war eindeutig von peronistischen und kommunistischen Gewerkschaftsführern gesteuert. Andere Streiks haben das argentinische Leben gelähmt, so ein Streik der Postangestellten vom 8. bis 17. September. Am 11. November verhängte der Präsident den Ausnahmezustand über das Land. Nichtsdestoweniger brach Ende November ein Eisenbahnerstreik aus, der besonders den Verkehr in dem Industriegebiet um Buenos Aires völlig lähmte. Die Regierung befahl daraufhin die militärische Mobilisierung aller aktiven und pensionierten Bahnangestellten. Doch trotz drastischer Maßnahmen ging der Streik weiter. Kommunistische Umtriebe sind gegenwärtig in Argentinien sehr lebhaft am Werk, so sehr, daß der argentinische Episkopat Anfang August die katholische Nachrichtenagentur des Landes, die AICA, beauftragt hat, in ihren wöchentlichen Berichten laufend über die Propagandatätigkeit der Kommunisten und ihrer Tarnorganisationen zu berichten. Ende 1957 zählte die kommunistische Partei Argentiniens (die nach langer Untergrundexistenz von Perón 1946 wieder legalisiert worden war) rund 100 000 eingeschriebene Mitglieder. Dazu kann man noch mit ungefähr 300 000 Mitläufern rechnen. Seit dem 2. Mai 1958 erscheint wieder die von kommunistischen Geldern subventionierte Tageszeitung „La Hora“. Das offizielle Organ der KPA „Nuestra Palabra“ er-

scheint seit kurzem in Mehrfarbendruck und mit erhöhter Seitenzahl. Die in Argentinien herausgegebenen kommunistischen Zeitungen und Zeitschriften haben (nach einer Meldung der Kipa vom 4. 8. 58) eine Gesamtauflage von schätzungsweise 1,5 Millionen Exemplaren und werden neuerdings durch eine verstärkte Einfuhr sowjetrussischer Publikationen in spanischer Sprache ergänzt. Alle werden von den kommunistischen Verlagen „Ediciones Cultura S. R. L.“ und „Dirple S. R. L.“ in Buenos Aires vertrieben. Besonders aktiv scheint auch die kommunistische Frauenorganisation in Argentinien zu sein. Der kommunistische Einfluß ist in den Gewerkschaften sehr groß, mehr jedoch in den Berufsverbänden des sogenannten „Stehkragenproletariats“, der Bankangestellten, Postbeamten, Telegraphisten, der Angestellten der staatlichen Kraftwerke, weniger im Metallarbeiterverband, dem der Hafendarbeiter und anderer, ausgesprochen „proletarischer“ Berufe. Diese sind eher peronistisch oder anarchistisch eingestellt. Die Rolle der Kommunisten bei den jüngsten Streiks ist offenkundig, ihre Schlagworte durchsetzen auch die linksliberale Studentenschaft. Die Grenze zwischen Kommunisten und Peronisten ist im übrigen oft schwer zu ziehen.

So ist der Gesamteindruck der gegenwärtigen Lage in Argentinien der, daß sowohl die Interessen wie die ideologischen Positionen eine anarchistische Wirrnis erzeugen. Unter den Politikern scheint einzig der Präsident Frondizi ruhig und überlegt zu bleiben, aber er ist isoliert. Unter den Machtgruppen scheint einzig die Armee klar hinter dem Präsidenten zu stehen. Die Ordnungsmacht der Kirche kommt in diesen Unruhen jedenfalls in keiner Weise zum Zug.

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Die Pfarrgruppen von Sankt Konrad

Der folgende Bericht handelt von einer pastoralsoziologischen Felduntersuchung in einer katholischen Pfarrgemeinde, deren Typus in Westdeutschland nicht selten ist. Schon deshalb dürfte die Untersuchung Interesse finden, wenn auch gerade die empirische Soziologie vor einer bequemen Verallgemeinerung der Ergebnisse begrenzter Forschungen warnt. Es handelt sich um eine von 21 Pfarrgemeinden einer im rheinisch-westfälischen Raum gelegenen Stadt, deren Einwohner zu 72% katholisch sind. Im Gebiet der Pfarrei leben 8717 Katholiken und 322 Andersgläubige. Es ist die Gemeinde eines am Stadtrand gelegenen Wohnviertels. Die Haushaltsvorstände sind zu 5% Akademiker, zu 21% gehobene und zu 33% durchschnittliche Angehörige der Schicht der Selbständigen, Beamten und Angestellten, zu 25% Facharbeiter, zu 8% ungelernete Arbeiter, und der Rest von 6—7% besteht aus Pensionären und Rentnern. Das hauptsächlich infolge des Krieges so unausgeglichene Verhältnis der Geschlechter ist 69 : 31. Von 877 genau analysierten Familien der Gemeindemitglieder, einem repräsentativen Teil, haben 27% kein Kind, 20% eines, 25% zwei, 13% drei, 7% vier, 3,8% fünf und insgesamt 2,7% mehr als fünf Kinder. Das Gebiet der Pfarrei wurde im Kriege durch Bomben so zerstört, daß damals nur 300 Gemeindemitglieder zurückblieben, und heute sind es nur 12% aller

Familien, die schon vorher in der Gemeinde ihren Wohnsitz hatten. Aber dennoch sind 46% der Pfarrkinder in derselben Stadt geboren; nur 6% sind Heimatvertriebene.

Der Wert der Untersuchung

Das also ist die Pfarrei, die Professor Joseph H. Fichter SJ von der Loyola University in New Orleans mit einem Team junger Soziologen und Theologen und in Verbindung mit dem sozialwissenschaftlichen Institut von Professor Joseph Höffner, Münster, in einjähriger mühsamer Kleinarbeit durchforscht hat. Trotz dieser intensiven Forschungsarbeit, die sich natürlich auf alle Lebensäußerungen und Verhältnisse der Gemeinde erstreckte, hat Fichter keine Gesamtdarstellung von ihr gegeben. Das würde, so schreibt er, mehr Zeit und Mittel erfordern haben, als zur Verfügung standen. In dieser Beschränkung darf man aber wohl ein Zeichen für die Genauigkeit sehen, mit der in dem jüngsten Zweig der Pastoralwissenschaft gearbeitet wird. Nur die Pfarrgruppen, genauer gesagt, die ausgesprochen pfarrlich orientierten unter den kirchlichen Gruppen werden in dem abschließenden Forschungsbericht dargestellt, der unter dem Titel „Soziologie der Pfarrgruppen“ (Münster 1958) in deutscher Sprache erschienen ist. Professor Fichter hat aber früher schon mehrere exakte Darstellungen ganzer Pfarreien in Amerika veröffentlicht, von denen eine ins Deutsche übersetzt ist (Die gesellschaftliche Struktur der städtischen